

II-460 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2033/J

1986 -05- 07

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. König, *Dr. GERTEN*
und Kollegen

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend Pensionszuschüsse der Österreichischen Bundesbahnen

In der Anfragebeantwortung 1808/AB vom 24. März 1986 zur Anfrage 1826/J zum selben Thema hat der Verkehrsminister keinerlei Aussage getroffen, wie er eine Senkung der Zuschüsse des Bundes zu den ÖBB-Pensionen, die weit über denen der Post liegen, erreichen möchte. Darüber hinaus wird der von der ÖVP vorgeschlagene Weg eines Prämiensystems als Anreiz für ein freiwilliges längeres Verbleiben im Aktivstand der ÖBB insofern mißverstanden, als in der Anfrage ausdrücklich von einer nicht pensionsfähigen Prämie gesprochen wurde.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

A n f r a g e :

- 1.) Sehen Sie eine Notwendigkeit, das Budget von den unverhältnismäßig hohen Pensionszuschüssen für die ÖBB schrittweise zu entlasten?

- 2.) Wenn ja, in welcher Weise soll diese nach Ihrer Auffassung geschehen?
- 3.) Wenn nein, womit rechtfertigen Sie die ungleiche Behandlung vergleichbarer Dienstnehmergruppen bei der Post, aber auch in der sonstigen Hoheitsverwaltung?
- 4.) Sehen Sie angesichts Ihrer Weigerung, durch Prämien einen freiwilligen längeren Verbleib im Aktivstand zu erreichen, und damit den Pensionsaufwand zu senken, nicht die Gefahr, daß es mangels Finanzierbarkeit zu einer zusätzlichen Verschlechterung des Systems kommt?
- 5.) Wieso verneinen Sie, daß abgesehen von den von Ihnen zu Recht erwähnten Sonderdiensten, wie etwa Vershubdienste, auch alle übrigen Bereiche bei den ÖBB, die mit anderen Bereichen in der Wirtschaft durchaus vergleichbar sind, einer gesonderten Pensionsregelung bedürfen, die in ihrer derzeitigen Form keinen ausreichenden Anreiz zu dem durchaus möglichen längeren Aktivdienst bietet?